

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin,
sehr geehrte Gäste,
liebe Kolleginnen, Mitstreiterinnen, Unterstützerinnen und Freundinnen,
liebe Frauen,

100 Jahre Frauenwahlrecht - für den Landesfrauenrat ein Grund zum Feiern und zum Erinnern an alle die Frauen, die in der Vergangenheit dazu beigetragen haben, das Wahlrecht für Frauen zu erkämpfen.

Wir danken dem Verein Frauen & Geschichte für die Initiative für diese Veranstaltung und die inhaltliche Vorbereitung und wir danken der Landtagspräsidentin Frau Aras dafür, dass sie dem Vorschlag des Landesfrauenrates zu einer feierlichen Veranstaltung im Landtag zugestimmt und damit auch zu ihrer Veranstaltung gemacht hat. Genau heute vor 100 Jahren wurden erstmals Frauen in den Landtag von Württemberg gewählt.

Wahlrecht und gleichberechtigte Teilhabe von Frauen an der politischen Willensbildung wurde den Frauen nicht geschenkt. Der Weg war lang, hart und umkämpft. Die damals aktiven Frauenrechtlerinnen haben alles riskiert und alles in Kauf genommen, um ihr Ziel zu erreichen. Das Frauenwahlrecht war die solidarische Antwort der Frauen auf ihre soziale und politische Lage im beginnenden 20. Jahrhundert. Aber der Weg der Gleichberechtigung ist ein weiter und bis heute noch nicht zu Ende gegangen.

Der Landesfrauenrat ist die politische Interessenvertretung von 52 landesweit aktiven Frauenorganisationen mit insgesamt 2 Millionen Mitgliedern. Damit sind wir die größte Frauenlobby in Baden-Württemberg. Bei unserer Gründung vor 50 Jahren war die ausschlaggebende Motivation der geringe Anteil von Frauen im Landesparlament. 1970 stellte deshalb der damalige „Club der Berufstätigen Frauen“ folgenden Antrag:

Der Landesfrauenrat möge sich dafür einsetzen, dass das Landtagswahlrecht dahingehend geändert wird, dass „Landeslisten aufgestellt werden, welche die Möglichkeit geben, profilierten Frauen den Weg in den Landtag zu öffnen“.

Heute, ein halbes Jahrhundert später, beschäftigt uns das Thema Wahlrechtsreform und Parität in den Parlamenten leider noch immer und die Forderung ist nach 50 Jahren immer noch dieselbe. Deshalb ist die heutige Jubiläumsveranstaltung für uns nicht nur ein Grund zu feiern, sondern auch zu fordern, denn

- 2019 verdienen Frauen durchschnittlich immer noch 20 Prozent weniger als Männer,
- leisten Frauen rund 50 Prozent mehr unbezahlte Arbeit in Haushalt und Familie als Männer,
- beziehen Frauen durchschnittlich eine Rente, die knapp 60 Prozent einer durchschnittlichen Männerrente beträgt,
- erfährt fast jede zweite Frau im Laufe ihres Lebens physische und psychische Gewalt
- glauben immer noch viele Unternehmensvorstände gänzlich ohne Frauen auskommen zu können
- Ist der Frauenanteil Im Bundestag so gering wie seit Jahrzehnten nicht mehr
- und im Landtag von Baden-Württemberg sind nur 35 von 143 Abgeordneten Frauen und nach dem Scheitern der im Koalitionsvertrag vereinbarten Reform des Landtagswahlrechts wird sich daran wohl in absehbarer Zeit auch nichts ändern.

Wir erinnern:

In Artikel 3 Absatz 2 Grundgesetz heißt es: „Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.“

Wir stellen fest:

Die fortwährende strukturelle Diskriminierung von Frauen verstößt gegen unsere Verfassung. Der Staat kommt seiner Verpflichtung nicht nach. Mit Freiwilligkeit und Selbstverpflichtung kommen wir nicht weiter. Wir brauchen wirkungsvollere Gesetze für die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung und Sanktionen bei Nichterfüllung.

Ohne Geschlechtergerechtigkeit bleibt die Demokratie unvollendet. Gleichberechtigung aller Geschlechter, soziale Gerechtigkeit, Gewaltfreiheit und Selbstbestimmung - das sind die Grundvoraussetzungen einer freiheitlichen Gesellschaft. Sie müssen erstritten und sie müssen immer wieder verteidigt werden. Gerade auch heute. Denn antifeministische und frauenfeindliche Kräfte gewinnen im politischen und öffentlichen Raum an Einfluss, auch hier im Landtag von Baden-Württemberg. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, antidemokratisches und rechtsextremes Denken haben in der Mitte der Gesellschaft Fuß gefasst. Dagegen müssen wir aufstehen. Denn Frauenrechte und Demokratie sind unteilbar miteinander verbunden.

Damit uns das gelingt, brauchen wir alle: wir brauchen die Hauptamtlichen und die Ehrenamtlichen; wir brauchen die, die auf Podien stehen und die, die im Stillen forschen. Wir brauchen die Utopist*innen, die alles und die Realist*innen, die es wenigstens ein bisschen besser machen wollen. Wir brauchen die, die die Geduld haben mit extrem Andersdenkenden zu diskutieren und die, die auf die Straße gehen. Wir brauchen die, die Gesetzesänderungen einfordern und die, die Gesetzesänderungen machen.

Unsere Solidarität geht dabei nicht nur über Ländergrenzen, über Herkunft und über Geschlecht hinaus sondern auch über die Zeit. Heute und mit dieser Veranstaltung im Landtag zeigen wir unsere Solidarität mit den Frauen, die uns vor 100 Jahren den Weg bereitet haben und wir bieten unsere Solidarität all denjenigen an, die sich auch in Zukunft für Gleichberechtigung und Vielfalt einsetzen werden und damit die Voraussetzungen für eine offene, plurale und solidarische Gesellschaft schaffen.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen allen einen interessanten Tag, gute Gespräche und gebe Ihnen die Erkenntnis von Katharina von Siena aus dem 14. Jahrhundert mit auf den Weg: „Nicht das Beginnen wird belohnt, sondern einzig und allein das Durchhalten.“